

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **42 (1963)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

CHRONIK DES MONATS

VON DR. MARCEL BERTSCHI

Innenpolitik

Viel wird in der Schweiz von der Hochkonjunktur geredet. Niemand aber will an den unangenehmen Seiten der allmählich schwächer werdenden Superkonjunktur schuld sein. Die Unternehmer, die jahrelang sagenhafte Gewinne einstreichen konnten, versuchen mit viel Elan und Geld für Inseratenkampagnen den Schwarzen Peter den nimmersatten Arbeitnehmern und der öffentlichen Hand zuzuschreiben. Insbesondere die öffentlichen Bauvorhaben erregen den Zorn der Unternehmer. Die öffentliche Hand müsse mehr maßhalten, hört man immer wieder. (Leider hört man nie davon, daß bei den Militärausgaben gekürzt werden könnte. Dort ist das Teuerste gerade gut genug, auch wenn es für schweizerische Verhältnisse völlig ungeeignet ist. Wie sonst könnte man Propaganda für die atomare Bewaffnung der schweizerischen Armee machen? Wenn England und bald einmal auch Frankreich an ihren «unabhängigen Atomwaffen» beinahe finanziellen Schiffbruch erleiden, wie soll dann die Schweiz diese Ausgaben verkraften können? – Einen wirksamen Regenschutz aber kennen die schweizerischen Soldaten heute noch nicht.)

Wie groß sind nun die öffentlichen Bauvorhaben? Wie einem Mitteilungsblatt des Delegierten für Arbeitsbeschaffung zu entnehmen ist, kosten die am 1. Juli 1962 bekannten Bauvorhaben, die vom Frühling 1962 bis 1967 errichtet werden sollten, 23,76 Milliarden Franken. (1958 bis 1962 13,1 Milliarden Franken.) Die Zunahme, rechnet man die Teuerung ab, beträgt rund 60 Prozent. 15 Milliarden (63,1 Prozent) fallen auf den Tiefbau, davon rund 4 Milliarden Franken auf den Nationalstraßenbau. 2,4 Milliarden (10,2 Prozent) werden für Schulhausbauten, 1,5 (0,6 Prozent) Milliarden Franken für Spitäler und Pflegeanstalten verwendet werden. Mehr als eine halbe Milliarde verschlingt der Bau von Verwaltungsgebäuden. Der Bund übernimmt Bauvorhaben im Betrage von rund 2,8, die Kantone von 8, die Gemeinden von 10 Milliarden Franken. Die SBB benötigen 807 Millionen Franken, die PTT 766, Armee und andere Bundesstellen über 1,2 Milliarden Franken. Wer die öffentlichen Bauvorhaben als übersetzt betrachtet, sollte auch sagen, wo man einsparen kann – vielleicht bei den Schulhaus- und Spitalbauten?

Viel wird in der Schweiz von der Dämpfung der Hochkonjunktur und dem Stopp der Teuerung geredet. Der Bundesrat ging mit gutem Beispiel voran: Er bewilligte am 26. Februar eine generelle Mietzinserhöhung von 7 Prozent für die noch unter Mietzinskontrolle stehenden Wohnungen und Einzelzimmer... Damit hat der Bundesrat («NZZ» vom 4. März) «ein Exempel statuiert, daß übermäßige Lohnerhöhungen unweigerlich Preiserhöhungen auslösen müssen, womit er der Öffentlichkeit und insbesondere den Gewerkschaften erneut vor Augen führen wollte, wohin die Politik der unbedenklichen Lohnspirale führt».

Einen schüchternen Schritt in Richtung Konjunkturdämpfung tat der Bundesrat hingegen, indem er festsetzte, daß inskünftig Aufenthaltsbewilligungen für Gastarbeiter nur noch an industrielle und kommerzielle Unternehmungen erteilt werden dürften, die bereit sind, ihren Gesamtpersonalbestand nicht über den Höchststand Dezember 1962 oder den Durchschnitt des Jahres 1962 zu erhöhen. Diese Bestimmung ist für ein Jahr gültig; sie schließt Ausnahmeregelungen für öffentliche Anstalten, Spitäler, Landwirtschaft usw. ein. Von Unternehmerseite war der Protest gegen diese Maßnahme sehr gering, was beweist, daß der Höhepunkt der Konjunkturwoge überschritten ist...

Ab 1. April werden die Ämter der handwerklichen Berufe des Bundes um zwei Klassen gehoben und damit den Ämtern der kaufmännischen Berufe gleichgestellt. Gleichzeitig wird eine Reihe weiterer Ämter (insbesondere die «Monopolberufe» SBB, PTT, Zoll sowie wissenschaftliche und technische Berufe) höher eingereiht. Rund 75 000 Arbeitnehmer werden davon betroffen, die Kosten belaufen sich bis Ende 1963 auf 35 Millionen Franken.

In der Märzsession der Bundesversammlung verdienen folgende Traktanden erwähnt zu werden: Wie zu erwarten war, hat auch der Ständerat die Atominitiative II der SPS Volk und Ständen zur Ablehnung empfohlen. Am 26. Mai findet diese Abstimmung statt. Bei der Behandlung des Arbeitsgesetzes bewies der Ständerat gleich nochmals seine reaktionäre Haltung: Er verwarf den sogenannten «Kompromiß von Lugano» (46 Stunden bis Ende 1966, darauf 45-Stunden-Woche) und setzte eine integrale 46-Stunden-Woche fest. Die Volksabstimmung über die 44-Stunden-Woche-Initiative des Gewerkschaftsbundes wird deshalb unweigerlich kommen. Der Nationalrat stimmte der Verlängerung der Finanzordnung bis 1974 zu; die Einkommensquellen des Bundes aus Wehrsteuer, Warenumsatz- und Biersteuer werden so für weitere 10 Jahre erhalten bleiben. Bei der Wehrsteuer beschloß der Nationalrat eine Erleichterung, die die unteren Einkommensklassen etwas mehr berücksichtigen wird als die oberen, und die dem Bund einen Minderertrag von 34 Millionen Franken bringen wird.

Die Schweiz wird, vor allem von uns Schweizern, als Hort der Freiheit gepriesen. Dazu passen die folgenden Beispiele ausgezeichnet. In einer Kleinen Anfrage an den Bundesrat erkundigte sich ein Parlamentarier, ob der Bundesrat es richtig finde, daß ein protestantischer Feldgeistlicher auf den 1. Juli 1962 dienstlich versetzt wurde, weil er als Zivilperson (!) öffentlich gegen schweizerische Atomwaffen gesprochen hatte. Der Waffenplatzkommandant hatte das als eine «Störung des Vertrauensverhältnisses» taxiert. Der Bundesrat fand diese Versetzung richtig!

In der «Nationalzeitung» vom 9. März konnte der interessierte Leser erfahren, daß ein Reklameberater namens Max Moessinger die Werbekraft des Wortes «Freiheit» auf die Schweizer entdeckt habe und deshalb eine entsprechende Firma «Pro Libertà» gründete, die sich besonders beim sattsam bekannten Rummel um den Wilhelm-Tell-Film hervortat, der nicht in den Osten exportiert werden durfte. Max Moessinger forderte auch Bundesrat Schaffner zum Rücktritt auf, als er sich erlaubte, für den Osthandel zu plädieren. Außerdem organisierte er Ausstellungen: «So erzieht der Kommunismus seine Jugend», «Berlin», «Das Bauernleben in der Zone» usw. Das Geld für diese Aktivität floß aus einem Fonds der westdeutschen Regierung in die Schweiz.

Manche Leute scheinen unter «Freiheit» merkwürdige Dinge zu verstehen.
(abgeschlossen am 17. März)

Außenpolitik

Die Revolte im Irak hat eine genaue Kopie gefunden: Einen Monat später, am 8. März, setzte in Syrien eine Militärjunta den Ministerpräsidenten Khaled Al Azan und einige Minister ab; als neuer Präsident wurde Salah Bitar eingesetzt. Auch diese Revolte segelt unter dem Motto «Sozialismus – Freiheit – Einheit», das auch die Umstürzler im Irak und im Jemen sowie Nasser als zündende Worte verwenden. Was hingegen hinter diesen Worten steckt, das weiß niemand so genau, ziemlich sicher nicht einmal die führenden Leute in diesen arabischen Staaten selber! Man weiß lediglich, daß den Führern der Revolten, die vorwiegend der einen «arabischen Sozialismus» fordernden Baath-Partei angehören, alle Araber einigen wollen. Sie sind auch «gegen den Imperialismus», ohne genauer zu definieren, was sie darunter verstehen. Daß sie antikommunistisch sind, haben sie hingegen mit blutigen Verfolgungen der Kommunisten bewiesen. Der Ostblock, der die neue Regierung im Irak (wie die Westmächte auch) umgehend anerkannte, war naturgemäß nicht sehr erfreut darüber. Ob die Sowjetunion die Lage

im Nahen Osten wohl falsch einschätzte? Auf alle Fälle macht es vorläufig den Anschein, die VAR, Syrien und der Irak steuerten einen eher nationalistischen als sozialistischen Kurs. Gefährdet sind vor allem das junge Israel und die längst überholten Regimes in Saudiarabien und Jordanien.

Am 14. Februar wurde Harold Wilson zum neuen Führer der Labour-party gewählt, bereits wenige Tage später erregte er bei einigen deutschen Sozialdemokraten Anstoß. Er forderte nämlich, man müsse, um von der DDR Konzessionen zu erhalten, diese in irgendeiner Form anerkennen. Ferner erklärte er, daß atomare Waffen für England unnötig seien – eine Erkenntnis, die viele Parteiführer anderer Länder nicht teilen.

Am 17. Februar errang die SPD in Berlin einen überzeugenden Sieg: Bei einer Stimmbeteiligung von rund 89 Prozent erhielt sie 61,9 Prozent der Stimmen (1958: 52,6), die CDU erreichte lediglich 28,9 Prozent (37,7), die FDP 7,99 (3,8). Die SED spürte die Mauer: sie sank zur völligen Bedeutungslosigkeit herab (1,3 Prozent gegen 1,9 Prozent 1958). Die Koalition CDU/SPD wurde gelöst; die CDU will in die Opposition gehen, während die SPD am 4. Februar mit der FDP eine neue Koalition bildete.

In zwei westlichen Bündnissen kriselt es ständig: Frankreich ist enttäuscht, daß seine EWG-Partner nicht auf den 19. März, wie vorgesehen, die Urkunde des Abkommens über die Assoziation von 18 afrikanischen Staaten unterzeichnen wollen. Rom erklärte, es müsse erst den Ausgang der Parlamentswahlen vom 28. April 1963 abwarten, Holland schob ebenfalls die Erneuerungswahlen für sein Parlament vom kommenden Mai vor. In Wirklichkeit wurde aber damit Frankreichs Weigerung gegen den Beitritt Englands in die EWG «bestraft», denn an dieser Assoziierung war Frankreich sehr interessiert, waren doch früher die meisten der 18 afrikanischen Staaten Kolonien Frankreichs. Frankreich drohte dafür bereits mit seinem Veto gegen die kommenden Tarifverhandlungen zwischen der EWG und den USA.

Auch in der NATO geht die Krise weiter. Streitpunkt ist die NATO-Atomkraft, von der alle NATO-Partner eine andere Vorstellung haben. Die USA wollen im Besitze des Atomwaffenmonopols bleiben, sehen aber ein, daß es klüger und finanziell ergiebiger wäre, wenn man irgendwie eine NATO-Atomstreitmacht zusammenbrächte, bei der die USA immer noch die Endentscheidung über den Einsatz der Waffen hätten, die andern Staaten aber finanziell stark engagiert wären. Die zuerst von den Amerikanern vorgeschlagenen atomgetriebenen Unterseeboote mit «Polarisraketen» sind nicht mehr aktuell. Der amerikanische Kongreß hätte Kennedy niemals

erlaubt, Ausländer in die Nähe dieser Waffen zu lassen. Nun spricht man davon, 25 Frachtschiffe zu Polaristrägern umzubauen, was für die nächsten zehn Jahre mindestens 20 Milliarden Franken kosten würde. Einen Wert hätten diese Frachter aber nicht. Das weiß jedermann. Unbeirrt aber unterstützt Deutschlands neuer Verteidigungsminister von Hassel Amerikas Pläne, so die Amerikaner überzeugend, daß Westdeutschland, trotz Freundschaftsvertrag mit de Gaulle, ein treuer Partner Amerikas ist und heimlich hoffend, vielleicht auf diesem Umweg (man kann Polarisraketen ja von Frachtern auch aufs Festland bringen) zu den ersehnten Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen zu kommen . . .

Frankreich, das unentwegt seine «Force de frappe» aufbauen will, erlebt seit dem 1. März einen Streik der Grubenarbeiter, der immer weitere Kreise zieht. De Gaulle der von wirtschaftlichen Fragen ebensowenig versteht wie viele andere Staaatsführer, glaubte, er könne den Grubenarbeitern mit einem Stellungsbefehl Angst einflößen. Er erreichte aber das genaue Gegenteil: Die Kumpels blieben fest, und ganz Frankreich sympathisiert mit ihnen. Mitte März scheint es, als ob die französische Regierung einrenken müsse. Die Sowjetunion hat beschlossen, vorläufig keine Kohle mehr an Frankreich zu liefern.

Anfangs März entführten Leute des französischen Geheimdienstes aus München, einem internationalen Treffpunkt der verschiedensten Organisationen, den OAS-Obersten Argoud und brachten ihn nach Paris. Ob der in Abwesenheit zum Tode verurteilte Argoud ebenso hingerichtet werden wird wie der de-Gaulle-Attentäter Bastien Thiry, der am 11. März erschossen wurde, während zwei weitere Mittäter zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt wurden, ist ungewiß. Ungewiß ist auch, ob Georg Bidault, früherer Ministerpräsident, auch Führer des «Nationalen Widerstandsrates», zur Herbeiführung eines rechtsextremen Umsturzes in Frankreich, der sich in München aufhält, das Asylrecht zugestanden erhält.

Am 2. März gelang China ein weiterer geschickter diplomatischer Schachzug: Es schloß mit Pakistan ein Grenzabkommen, das den Grenzverlauf zwischen dem chinesischen Sinkiang und den unter Pakistans Kontrolle stehenden Gebieten in Kaschmir regelt. Indien reagiert darauf sehr sauer, denn die indisch-pakistanischen Kaschmirverhandlungen kommen nicht vom Fleck. Bereits aber beginnt China Grenzverhandlungen mit Afghanistan!

(abgeschlossen am 17. März)